

Diese Sparaufträge sind nicht erfüllbar

BUDGET 2014 Der Grosse Rat hat den Rotstift angesetzt und die geplanten Ausgaben für 2014 um 225 Millionen Franken gekürzt. Einige der Sparmassnahmen lassen sich allerdings nicht umsetzen.

Es war ein zähes Ringen, doch Regierung und Grosse Rat haben das Sparziel für 2014 knapp erreicht. Zu den grössten beschlossenen Massnahmen gehören die Kürzungen bei den Prämienverbilligungen und bei der Spitex sowie die Reduktion der Lohnerhöhungen für Staatspersonal und Lehrpersonen (Ausgabe von gestern). Doch nicht alle Sparaufträge lassen sich 2014 umsetzen. Schwierig wird es vor allem bei den heftig umstrittenen Einsparungen in der Höhe von insgesamt 17 Millionen Franken in den Bereichen Kirche, Volksschule und Psychiatrie.

Pfarrerlöhne

Der Grosse Rat kürzte das Budget für die Pfarrerlöhne für 2014 um 2 Millionen Franken. Dies entspricht etwa 12 Vollzeitstellen. Weil der Grosse Rat den Kirchgemeinden per Beschluss vom März 2012 den Stellenetat garantiert hat, ist für einen Abbau ein weiterer Grossratsbeschluss nötig. Laut Andreas Stalder, kantonaler Beauftragter für kirchliche Angelegenheiten, kann dieser dem Parlament frühestens nächsten März vorgelegt werden. Zudem haben Pfarrer gemäss Personalgesetz eine 2-jährige Kündigungsfrist. Wer seine Stelle unverschuldet verliert, hat je nach Anzahl Dienstjahren Anspruch auf eine Abgangsentschädigung zwischen 1 und 18 Monatsgehältern. 56-Jährige mit 16 Dienstjahren, die keine neue Stelle fänden, hätten zudem Anspruch auf eine Übergangrente bis zur Pensionierung, so Stalder.

Zwar werde man das Möglichste tun, um zu sparen, etwa indem Vakanzen länger offen bleiben oder in neuen Heimen keine Seelsorgestellen geschaffen werden. Der Sparauftrag lasse sich jedoch frühestens in drei Jahren umsetzen. «2014 führt er vor allem zu einem Nachkredit in wohl sechsstelliger Höhe.»

Schule

Ob auch in der Volksschule bei den Klassengrössen ein Nachkredit nötig wird, kann Erziehungsdirektor Bernhard Pul-



2014 vergeht dem Sparschwein möglicherweise das Lachen: In verschiedenen Bereichen zeichnen sich bereits heute Nachkredite ab.

„Andreas Blatter

ver heute noch nicht sagen. Dies hänge von verschiedenen Faktoren ab. In Bezug auf das Direktionsbudget seien die einzusparenden 4,5 Millionen Franken nicht so viel. Den gefassten Auftrag, die Klassengrössen auf 19,7 Schüler pro Klasse anzuheben, hält er aber für unrealistisch. Damit dürften also weit weniger als die rechnerisch nötigen 270 Klassen geschlossen werden. Das zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre: Auf dieses Schuljahr hin wuchs der Schnitt um bloss 0,05 statt der angepeilten 0,7 Schüler an. «Der Grosse Rat hat zwar jetzt den Druck erhöht. Gleichzeitig erwartet er von der Regierung aber Augenmass. Beides zusammen ist kaum

möglich», sagt Pulver. Die Erziehungsdirektion hat die Möglichkeit, per Verfügung Klassen oder gar Schulen zu schliessen. Die Gemeinden wiederum können aber dagegen Beschwerde führen. «Das haben wir auch schon so durchgezogen», weiss Pulver. Aber er ist überzeugt, dass ein kompromissloser Kurs nicht dem Willen der Grossrätinnen und Grossräte entsprechen würde. «Wir werden auf jeden Fall versuchen, bei den Klassengrössen mehr herauszuholen als in diesem Schuljahr», betont er.

Psychiatrie

Auch die Gesundheitsdirektion wird sich nächstes Jahr mit dem Sparauftrag des

Grossen Rates schwertun. Sie muss in der Psychiatrie 10 Millionen Franken einsparen, indem sie die «Mitfinanzierung des Aufenthalts nicht mehr spitalbedürftiger Personen» in den psychiatrischen Kliniken streicht.

Konkret geht es um Patienten, denen die Krankenkassen den Klinikaufenthalt nicht mehr bezahlt haben, oder um Patienten, die in «normalen» Heimen untragbar geworden sind, etwa weil von ihnen Selbst- und Fremdgefährdung ausgeht. Die Krux: Für solche Patienten gibt es im Kanton Bern zu wenig spezialisierte Heimplätze. Zudem stecken die Patienten oft in einem Aufnahmeverfahren bei einer Sozialversicherung, und solange die

Finanzierung unklar ist, nehmen die Heime einen Patienten nicht auf. Bislang hat diese Finanzierungslücke der Kanton übernommen. Es sei schwierig, 2014 den Auftrag des Grossen Rates umzusetzen, sagt Jean-Philippe Jeannerat, Sprecher der Gesundheitsdirektion. «Wir werden ab nächster Woche intensive Gespräche mit den drei kantonalen psychiatrischen Einrichtungen führen und nach Lösungen suchen.» Jeannerat versichert aber, dass keiner der betroffenen Patienten ab Januar auf der Strasse stehen werde. Dazu, wie realistisch es ist, dass das Sparziel nächstes Jahr erreicht wird, mag er sich nicht äussern. *Christoph Aebischer*

Andrea Sommer

Kanton stellt Lohnrunde kleiner dar, als sie ist

LÖHNE Es bleibt dabei: Die Lohnrunde 2014 für Staatspersonal und Lehrpersonen beträgt 1,5 Prozent.

Empörte Mails aus der Verwaltung erreichten gestern diese Zeitung. Der Grund: In der Donnerstagsausgabe hatten wir geschrieben, das Kantonsbudget 2014 sehe für Staatspersonal und Lehrpersonen eine Lohnrunde von 1,5 Prozent vor. Das bedeute im Durchschnitt gut 2 Prozent. Beides sei falsch und schade dem Ruf des Personals, hiess es.

Bei der zweiten Zahl haben wir uns in der Tat verrechnet: Es stimmt zwar, dass für die Einzelnen mehr übrig bleibt, da ein Teil der Angestellten bereits den Maximallohn hat und keine Lohnerhöhung mehr erhält. Das

ergibt aber laut Personalamt unter dem Strich nur 1,7 und nicht 2 Prozent.

Die 1,5 Prozent hingegen sind richtig, obwohl das Amt für Kommunikation verwaltungsintern Folgendes behauptete: «Für Lohnmassnahmen steht im Voranschlag ein Prozent der Lohnsumme zur Verfügung.» Die Regierung entscheide nächste Woche definitiv über die Löhne 2014, so auch über die Verwendung der Rotationsgewinne.

Hier liegt der Hund begraben: Rotationsgewinne entstehen, wenn ältere Angestellte pensioniert und durch günstigere, jüngere ersetzt werden. Das macht 0,5 Prozent aus. Die Regierung hat schon mehrfach angekündigt, 2014 stünden 1,5 Prozent der Lohnsumme zur Verfügung. *fab*

Weniger Lehrer pro Klasse

SCHULE Der Grosse Rat überwies gestern diskussionslos einen Vorstoss von Daniel Steiner (EVP, Langenthal), der zwei Schulversuche anregt. In einem soll die Anzahl Lehrpersonen pro Klasse reduziert werden. Dies, nachdem Integration und Teilpensen zu einer wachsenden Verzettelung geführt haben. Im anderen

Versuch erhält die Schulleitung die Kompetenz, die Lektionen ihren Bedürfnissen entsprechend aufzuteilen. Die Regierung begrüsste den Vorstoss. Laut Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) wird der Versuch im Schuljahr 2015/2016 gestartet. Fünf bis zehn Schulen können mitmachen. *cab*

Und plötzlich hat der Kanton Eigenkapital

GROSSER RAT 2015 nimmt der Kanton eine Neubewertung seines Vermögens vor. Die Folgen sind potenziell historisch: Der Kanton Bern könnte plötzlich über Eigenkapital verfügen. Die Schuldenbremse träte teilweise ausser Kraft.

Schnell und einstimmig hat der Grosse Rat gestern eine Gesetzesänderung beschlossen, die weitreichende Folgen haben könnte. Sie sieht vor, dass Bern wie die anderen Kantone und auch die hiesigen Gemeinden ein neues Rechnungslegungsmodell namens «HRM2» einführt, auf das man sich gesamtschweizerisch geeinigt hat. Ein Ziel der Übung ist es, die Transparenz zu erhöhen und die Vermögensverhältnisse realistischer abzubilden als heute. Dazu wird der Kanton eine Neubewertung seiner Aktiven und Passiven vornehmen und diese in der Bilanz mit den effektiven Werten darstellen.

Bilanz wächst von 6 auf 11 Milliarden Franken

Sicher ist, dass die Bilanz des Kantons danach sehr viel grösser sein wird als heute: Aus heutiger Sicht sei damit zu rechnen, dass sich die Bilanzsumme von etwa 6 auf 11 Milliarden Franken erhöht, wie Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) gestern in der Ratsdebatte sagte. Auf der

Seite der Aktiven führen vor allem die zahlreichen Liegenschaften und Grundstücke zu dieser «Vermögensvermehrung», die natürlich nur auf dem Papier stattfindet.

Pensionskassen «kosten» je nachdem über 3 Milliarden

Auf der Passivseite steht eine grosse Veränderung im Zentrum: Der Kanton muss die Verpflichtungen gegenüber den beiden Pensionskassen BPK und BLVK neu zwingend in die Bilanz aufnehmen. Noch unklar ist, wie gross diese sein werden. Wenn die Sanierungsvorlage, die der Grosse Rat im September verabschiedet hat, bestehen bleibt, würde dies in der Bilanz zu einer Verpflichtung von mehr als 3 Milliarden Franken führen. Wenn das Volk die Politik in einer allfälligen Referendumsabstimmung zurückpfeift, dürfte dieser Wert zumindest fürs Erste tiefer sein.

Da die geplante Neubewertung erst Anfang 2015 stattfindet, ist noch gar nichts sicher. Bei den Passiven hängt fast alles davon ab, welche Renditen die beiden Pensionskassen 2013 und 2014 erwirtschaften und wie sich in der Folge ihre Unterdeckungen entwickeln.

Je nach Entwicklung könnte die Neubewertung ungeahnte Folgen haben: Der Kanton Bern könnte plötzlich mit einem Ei-

genkapital dastehen – «und das wäre ja wirklich etwas Neues in der jüngeren Geschichtsschreibung», so Simon.

Wenn es so weit käme, hätte das noch weitere Konsequenzen: Die Schuldenbremse tritt teilweise ausser Kraft, solange der Kanton Eigenkapital ausweist. Zwar kann der Grosse Rat ein defizitäres Budget weiterhin nur

dann verabschieden, wenn drei Fünftel seiner Mitglieder zustimmen – eine enorm hohe Hürde. Wenn der Kanton aber dann im Rechnungsvollzug effektiv Defizite einfährt, müsste er diese in den folgenden Jahren nicht mehr nachträglich kompensieren. Sprich: Ein Eigenkapital könnte den Spardruck spürbar verringern. *Fabian Schäfer*

ANZEIGE



Infos über HIV
auf aids.ch

Damit HIV künftig nicht mehr lebenslanglich heisst.

Am 1. Dezember 2013 ist Weltaidstag. ViiV Healthcare engagiert sich für die Unterstützung Betroffener und arbeitet zusammen mit der wissenschaftlichen Community an der Entwicklung hochwirksamer und innovativer Medikamente für die HIV-Therapie und Prävention von Neuinfektionen.

ViiV Healthcare GmbH, 3053 Münchenbuchsee, viivhealthcare.com

